

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift:  
Tageblatt Riesa  
Jahreszeitung 1937  
Postfach Nr. 52

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmanns zu Großenhain bestimmt Blatt und enthält amtliche Bekanntmachungen des Finanzamtes Riesa und des Hauptzollamtes Meißen

Buchdruckerei:  
Dresden 1580  
Sitzklasse:  
Riesa Nr. 52

Nr. 155

Mittwoch, 6. Juli 1938, abends

91. Jahr.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, bei Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark, ohne Zustellgebühr, durch Postbezirk Nr. 214 einfach. Postgebühr (ohne Zustellgebühr), bei Abholung in der Geschäftsstelle Wochenabrechnung (8 aufeinanderfolgende Nr.) 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die gesetzte 46 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 9 Pf., die 90 mm breite, 8 geplante mm-Zeile im Textteil 22 Pf. (Grundchrift: Petit 8 mm hoch). Postgebühr 27 Pf., tabellarischer Zug 50% Aufschlag. Bei fernmündlicher Anzeigen-Bekanntgabe oder fernmündlicher Abänderung eingesandter Anzeigenerteile oder Probeabzüge schlägt der Verlag die Inanspruchnahme aus Mängeln nicht drucktechnischer Art aus. Preisliste Nr. 4. Bei Konkurs oder Zwangsvorverkauf wird etwa schon bewilligter Nachlass hinzufliegen. Erfüllungsstelle für Lieferung und Zahlung und Gerichtshof ist Riesa. Höhere Gewalt, Betriebsstörungen usw. entbinden den Verlag von allen eingegangenen Verpflichtungen. Geschäftsstelle: Riesa, Goethestraße 50.

## Neuland für den deutschen Pflug

Dringende Aufgaben der Landeskultur — Der Bericht über die Meliorationen von 1933—1936 ist erschienen

Der soeben vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft veröffentlichte Bericht über die Meliorationen in den Jahren 1933 bis 1936 gibt nicht nur einen Überblick der hier durch zielbewusste Arbeit erreichten Leistungen, er zeigt auch, wie notwendig es ist, dass im Jahre 1939 begonnene nationalsozialistische Landeskulturwerk mit allen Kräften weiterzufordern. In seinem Gesetzmotiv an dem Bericht kann der Reichsbauernführer A. Walther Dörre das volle Ergebnis mitteilen, dass die Landeskulturarbeiten auf allen Gebieten einem Neulandgewinn von 388 000 Hektar entsprechen. Allerdings müssen in der gleichen Zeit von unterer knappen landwirtschaftlichen Nutzfläche 850 000 Hektar für andere dringende Aufgaben freigemacht werden, Grund genug, um auch in Zukunft alle Kräfte in der bisherigen Richtung einzuleben. Dass dies beobachtigt ist, kann man schon aus der Tatsache entnehmen, dass im zweiten Bierjahrsposten bis 1940 1.05 Milliarden £ für diese Zwecke vorgesehen sind, während im ersten Bierjahrsposten 803,7 Millionen £ veranschlagt wurden.

Für das künftige Gelingen des Landeskulturwerks ist die Erkenntnis wichtig, dass seine Fortführung nicht von dem Umfang der arbeitsintensiven Kräfte, sondern nur durch die Stärke des Willens zur Unabhängigkeit unserer Volksernährung vom Ausland bestimmt werden darf. Das wird man auch bei der künftigen Regelung des Arbeitsdienstes beachten müssen. Hierbei ist es wichtig zu wissen, dass nach dem genannten Bericht im ersten Bierjahrsposten der Reichsarbeitsdienst in Höhe von 31,7 Mill. Tagesentgelten an den Landeskulturarbeiten beteiligt war, dass aber außerdem 71,8 Mill. Notstandsgewerbe und 11,9 Mill. Freiarbeitslagerarbeiter abgestellt wurden. Danach sind also außer dem Reichsarbeitsdienst rund 80 000 Arbeiter an 200 Arbeitsstätten im Jahr im Landeskulturwerk beschäftigt gewesen. Dazu kommen noch die Arbeitsleistungen, die von den Bauernhöfen und landwirtschaftlichen Betrieben selbst durchgeführt wurden und die auch in Zukunft im Rahmen der Erzeugungsschlacht besonders stark gefordert werden sollen.

Den Umfang der geleisteten Landeskulturarbeiten sucht der Bericht an zahlreichen Vergleichen zu veranschaulichen. So wird festgestellt, dass die in den vier Berichtsjahren durchgeführten Flusslaufregelungen von 11 004 Kilometern etwa der Entfernung von Berlin bis Tokio entsprechen. Durch die Siedlungsverschiebung von rund 82 000 Hektar wurde Kulturland eins im gleichen Umfang der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Saarlandes gewonnen. Besonders wichtig für die Erzeugungssteigerung ist auch die Umlegung oder Vertopfung. Durch diese werden die Folgen der Erstellung beseitigt, die vor allem in Mittel-, Süd- und Westdeutschland zu einer Berücksichtigung des Bevölkerungsflusses geführt hat. Von 1933 bis 1936 konnten rund 388 000 Hektar umgelegt werden. Da die umgelegten Betriebe erfahrungsgemäß Ertragsteigerungen von 25 bis 30 % erzielen, entspricht dies einem Neulandgewinn von rund 95 000 Hektar. Da im ganzen Reichsgebiet etwa 6 Millionen Hektar umlegungsfähig sind, wird man in Zukunft diesem Teile des Landeskulturwerks besondere Förderung zuteil werden lassen. Das gilt um so mehr, als die hierfür aufgewendeten Mittel eine dauernde Ertragsteigerung gewährleisten, weil heute durch das Reichserbhöftgesetz eine neue Berücksichtigung verhindert wird.

Von den Landeskulturarbeiten, die der Oberschicht weniger bekannt sind, seien noch erwähnt das Bildbauprogramm, der Talsperrendienst, die ländliche Trinkwasserversorgung sowie die Renanlage ländlicher Wirtschaftswege. Auch diese Aufgaben werden im zweiten Bierjahrsposten weitgehend gefördert werden, um überall möglichst günstige Voraussetzungen für die Ertragsteigerung im Dienste der Volksernährung zu schaffen.

## Die Unwetterkatastrophe in Kobe

Ein Drittel der Stadt von Schlammmassen überschwemmt

Weiteres Steigen der Katastrophen

(Tokio. (Oftastdienst des D.R.W.) Die leichten Meldungen aus Kobe belogen, dass sich die Zahl der Todesopfer der Unwetterkatastrophe bereits auf 206 erhöht hat. Vermisst werden nach den bisher möglichen Feststellungen 401 Personen. Man befürchtet, dass viele von ihnen gleichfalls den Tod gefunden haben. Ein Drittel der Stadt ist von Schlammmassen überschwemmt. Nicht weniger als 70 000 Häuser sind betroffen. — Die Zahl der zerstörten oder abgeschwemmten Häuser beträgt 2500.

Die große Zahl der Menschenopfer erklärt sich daraus, dass die Hochwasser mit großer Schnelligkeit heranfam. Viele öffentliche Gebäude, Schulen, Warenhäuser und die Börse sind geschlossen. Allgemein wird festgestellt, dass es sich um die schwerste Katastrophe handelt, die Kobe je betroffen hat.

Das Blatt "Tokyo Asahi Shimbun" meldet, dass das Unwetter auch mehrere Ausländer schwer betroffen hat. So seien ein Deutscher und ein Franzose schwer verletzt worden. Ferner werden ein portugiesischer Kaufmann und 3 Kinder vermisst.

## Einigung über die Zurückziehung der Freiwilligen aus Spanien

In London. In der Vollzähligung des Rittermischungsausschusses, die etwa drei Stunden dauerte, wurde eine Einigung über den britischen Plan zur Zurückziehung der Freiwilligen aus Spanien erzielt. Gleichzeitig wurde beschlossen, den Plan nunmehr durch Vermittlung der britischen Regierung beiden Parteien in Spanien zur Zustimmung zu unterbreiten.

Nach der Vollzähligung des Rittermischungsausschusses am Dienstag wurde folgendes amtliches Communiqué ausgetragen:

Unter Vorbehalt von Lord Halifax wurde heute um 4 Uhr im Foreign Office die 29. Sitzung des Rittermischungsausschusses abgehalten. Dem Ausschuss lag der vom Unterschluss des Vorstehenden vorbereitete Entwicklungsplan vor, durch den das Rittermischungsausschussmitglied bestätigt und erweitert wird und der die Zurückziehung der ausländischen Freiwilligen aus Spanien, die Infiltration von Kriegsführerrechten an beide Parteien in Spanien unter gewissen Umständen und die Beobachtung der spanischen Lands und Seegrenzen vorsieht. Der Ausschuss stimmt der Annahme des Plans zu und beschließt, die britische Regierung sofort anzufordern, diesen in seinem Auftrag den beiden spanischen Parteien zur Zustimmung einzuleiten.

Gemäß dem früher gesagten Beschluss zahlten die britische, französische, deutsche und italienische Regierung heute an den Ausschuss Beiträge von je 12 500 Pfund, um die Durchführung der nächsten Stufe der Befreiungsarbeiten zu ermöglichen. Der Ausschuss beschloss ferner, die britische Regierung zu erlauben, den Text des Plans unmittelbar nach der Zustellung an die beiden spanischen Parteien zu veröffentlichen.

**Moskaus Vertreter machte wieder Schwierigkeiten**

In London. Bei der Eröffnung der Vollzähligung des Rittermischungsausschusses am Dienstag hielt Außenminister Lord Halifax eine Ansprache, in der er unter anderem erklärte, dass der Freiwilligenplan eine äußerst dringliche Angelegenheit sei. Er erhoffte die Annahme des Plans, so dass er sofort an die spanischen Parteien abgeschickt werden könne.

Daran sprachen die Vertreter Italiens, Frankreichs und Englands, die gleichzeitig dem Ausschuss den Beitrag von je 12 500 Pfund überreichten, sowie die Vertreter Portugals, Bulgariens, Jugoslawiens, der Türkei, Ungarns und Schwedens. Alle erklärten sich zur Annahme des Plans bereit.

Der sowjetrussische Vertreter verlangte darauf die Neuformulierung des Paragraphen, der sich auf die Durchführung der Kontrolle bezieht, hingehend, dass bei der Durchführung der Landeskontrolle und der Seekontrolle ein Gleichgewicht beibehalten werden sollte. Nach etwa einstündigem Diskussion wurde der Paragraph über die Wiedereinführung der Land- und Seekontrolle neu gefasst, und der sowjetrussische Vertreter erklärte sich vorbehaltlich der Zustimmung seiner Regierung einverstanden.

Darauf erklärte Lord Halifax, dass er nach Annahme des neu gefassten Paragraphen den Plan als Ganzes als einstimmig angenommen ansiehe.

Der Plan wird voraussichtlich am Freitag in London als Weißbuch veröffentlicht werden.

Im Zusammenhang mit den Abänderungen des Sowjetvertreters weist der diplomatische Reuter-Korrespondent darauf hin, dass die Seekontrolle aus finanziellen Gründen außerweile in Tätigkeit trete, während die Landeskontrolle sofort nach Wirkksamwerden des Plans voll wieder aufgenommen werde.

**Die Londoner Morgenpresse zu dem gestrigen Rittermischungs-Abkommen**

Die der Regierung nahestehende Londoner Morgenpresse begrüßt einstimmig die gestrige Annahme des britischen Vorschlags zur Zurückziehung der Freiwilligen aus Spanien durch die einzelnen Staaten. Die Oppositionspresse kommentiert bezeichnenderweise die gestrige Einigung im Rittermischungsausschuss und macht wenig Aufsehen von dem gestrigen Abkommen.

## Enttäuschung über die Volksfront

Frankösche Arbeiter verlassen kommunistische Gewerkschaft CGT, verlor in sechs Monaten über 100 000 Mitglieder

In Paris. Doriot meint in der nationalistischen "Liberie" nach, dass die marxistisch-kommunistischen CGT-Gewerkschaft eigentlich gar nicht das Recht habe, im Namen der französischen Arbeiter zu sprechen, wie sie das immer tut. Im Laufe der letzten Monate hätten über 150 000 von CGT-Mitgliedern diese Gewerkschaft verlassen. Innerhalb von sechs Monaten hat die der CGT-Gewerkschaft angehörige Bauarbeitergewerkschaft 40 000 Mitglieder verloren, die Beamten-Gewerkschaft 24 000 Mitglieder, die Gewerkschaften für die Nahrungsmittelbranche

Der diplomatische Korrespondent der "Times" schreibt u. a., dass der Rittermischungsausschuss gestern den größten Fortschritt während seines nahezu zweijährigen Bestehens zu verzeichnen gehabt habe. Es handele sich hier nicht nur um eine theoretische Angelegenheit. Als Symbol des Entschlusses, Korrekturen zu machen, hätten die Vertreter Englands, Frankreichs, Deutschlands und Italiens gestern dem Sekretär des Rittermischungsausschusses Schied über 12 500 Pfund überreicht.

Der diplomatische Korrespondent des "Daily Telegraph" rechnet mit keiner baldigen Antwort von Burgos und Barcelona auf die Vorlage des Rittermischungsausschusses, weil politische und strategische Erwägungen hier maßgeblich seien. Heute werde der rotspanische "Volksstaat" in London aus Paris zurückkehren, wo er den rotspanischen "Athenenminister" getroffen habe.

Der politische Korrespondent des "Daily Express" hält es für möglich, dass ein Teil des britischen Zurückziehungsplanes zu einem neuen Sturm im Parlament führen würde, denn einige Tausend von Kampfteilnehmern in Spanien würden erst in London untergebracht werden, ehe sie in ihre Heimat zurückkehrt würden. Da hierunter aber Tausende von Emigranten, allein 300 politische Kommunisten seien, die nicht in ihre Heimat zurückkehren können, redet man damit, dass ein Ausschuss eingerichtet werden müssten, um zu entscheiden, was aus den einzelnen Verteilungen werden sollte. Inzwischen werde diese Armee aber "Gott" Englands sein.

## Die französische Presse

Paris rechnet mit längerer Dauer bis zur Inkraftsetzung des Freiwilligenplanes

Das außenpolitische Hauptthema der Pariser Morgenpresse bildet die gestrige Sitzung des Londoner Rittermischungsausschusses. In dieser Nebenschriften verkünden die Blätter, dass über die Zurückziehung der Freiwilligen und die Wiederherstellung der Kontrolle Einstimmigkeit erreicht worden ist. Nach Hinweisen auf die Schwierigkeiten, die der Sowjetvertreter noch in letzter Minute zu machen versuchte, geben die Peitschenschriften ausführliche Rückblicke auf die Entwicklung des ganzen Prozesses. Allgemein wird damit gerechnet, dass bis zu einer endgültigen Abschaffung des Pog in Spanien noch viel Zeit vergehen wird.

Der Londoner Berichterstatter des "Matin" hebt hervor, dass Deutschland, Italien, Frankreich und England die ersten Zahlungen für die Finanzierung der Zurückziehung der Freiwilligen geleistet hätten. Man helle lebt, doch sich die Sowjets wieder einmal enthalten hätten, auch aus den geringsten handgreiflichen Beweis für ihre Teilnahme an einem Werk der Verbündeten zu liefern. — Der römische Berichterstatter des gleichen Blattes schreibt, die Einigung im Londoner Rittermischungsausschuss habe in der italienischen Hauptstadt natürlich einen guten Eindruck gemacht, doch befürchte man im Rom, dass Moskau in letzter Stunde noch ein Behinderungsmanöver unternehmen werde.

Der Londoner Berichterstatter des "Journal" schreibt, die lange Dauer der Sitzung sei wieder einmal den Sowjets zu verdanken. Trotzdem sei höchstlich doch eine Einigung erzielt worden. Weiche Zukunft bleibe aber der praktischen Anwendung dieses Plans vorbehalten. Welche Antwort würden die beiden spanischen Parteien geben.

"Deutsche" erklärt, tatsächlich seien in Rotspanien zahlreiche Nationalisierungen vorgenommen worden, während andere Freiwillige überhaupt nicht im Betrieb von Fabriken seien. Selbst nach optimistischen Berechnungen scheine der englische Plan vor Weihnachten nicht zu wirksamer Anwendung gelangen zu können.

Der "Figaro" schreibt, gewiss werde man sich freuen, dass im Rittermischungsausschuss eine Einigung erzielt worden sei. In Spanien besteht jedoch die tatsächliche Unzertugkeit weiter fort. In manchen Kreisen behaupten man, dass es erst gegen Ende dieses Jahres zu einer Zurückziehung der Freiwilligen und einer Wiederaufnahme der Kriegsrechte kommen werde. Man könne jedoch überzeugt sein, dass man bei willkürlichem Wollen nicht erst in einigen Monaten, sondern schon in einigen Wochen zu einem ausreichendem Ergebnis kommen könnte, allerdings unter einer Bedingung: die zukünftigen Kommissionen müssten eine große Energie an den Tag legen. Das sei besonders auf der rotspanischen Seite nötig.

Und für die chemische Industrie je 9000. In der Metallindustrie haben sogar über 70 000 Arbeiter der CGT-Gewerkschaft den Rücken gekehrt.

Es handele sich, so bemerkt Doriot, um eine Bewegung allgemeiner Art, die man nicht unterschätzen dürfe. Zahlreiche Arbeiter beginnen sich darüber klar zu werden, dass sie von den marxistischen Demagogen geläuscht worden sind. Die politischen Streiks und die bitteren Enttäuschungen infolge des Scheiterns der Volksfront seien die Hauptgründe dieses Abdalls. Die CGT umfasst heute nur noch einen Bruchteil der französischen Arbeiterschaft. Sie könne sie also nicht mehr vollkommen vertreten. Die Regierung müsse dieser neuen Lage Rechnung tragen und das Monopol, das sich die CGT anmaße, brechen.